

# Kurzmeldungen



## Den Haag beantragt Haftbefehle gegen Taliban-Führer

(Thomas Ruttig, *taz*, 24.01.2025) Der Chefankläger des *Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH)* in Den Haag, Karim Khan, hat am 23. Jänner Haftbefehle gegen Hibatullah Akhundzada und Abdul Hakim Haqqani – die zwei höchsten Taliban-Anführer in Afghanistan – beantragt. Laut Karim Khan lägen hinreichende Gründe für die Annahme vor, dass beide für gravierende Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich seien. Im gesamten Hoheitsgebiet

Afghanistans würden unter ihrer Herrschaft Frauen, Mädchen und die LGBTQI+-Gemeinschaft in noch nie dagewesener, skrupelloser und andauernder Weise entrechtet. Der *IStGH* nimmt damit erstmals explizit auf Verbrechen gegen die LGBTQI+-Gemeinschaft Bezug.

## Netzwerk SprachenRechte: Lernlust statt Testfrust

(Wien *OTS*, 11.12.2024) Das *Netzwerk SprachenRechte* forderte anlässlich des Tags der Menschenrechte das Ende der Ausgrenzung durch Sprachtests. Das

Netzwerk betont, dass Kinder durch kleinere Lerngruppen, Zeit, Ermutigung und gut ausgebildete Lehrkräfte Deutsch besser lernen. Einen verpflichtenden Deutschtest für Dreijährige, wie ihn die *FPÖ* forderte, bezeichnet das Netzwerk als unverantwortlich und wissenschaftlich fragwürdig. Stattdessen sollten die Stärken der Kinder, wie ihre Mehrsprachigkeit, genutzt werden. Kinder lernen Deutsch durch Teilhabe, nicht durch Trennung. Das Netzwerk fordert die Abschaffung des MIKA-D und die Rückkehr zu integrativer Deutschförderung im

Kindergarten und in der Schule. Das für unsinnige Tests ausgegebene Geld sollte zur Unterstützung kleinerer Lerngruppen und Lehrkräfte verwendet werden. Ziel ist ein sprachoffenes Bildungssystem, das alle Kinder auf eine vielsprachige Welt vorbereitet und keine Sprache diskriminiert.

### **Libyen: Über 600 Menschen in den Niger abgeschoben**

Mehr als 600 Menschen wurden auf einer „gefährlichen und traumatisierenden“ Reise durch die Sahara zwangsweise aus Libyen abgeschoben, was als die bisher größte bekannte Abschiebung von Menschen zurück in den Niger gilt. Im Juli letzten Jahres seien 400 Menschen abgeschoben worden. Dieses Ausmaß sei jedoch neu, so *Alarm Phone Sahara*. Bei den Betroffenen handelt es sich um Arbeitsmigrant:innen – vor allem der Süden Libyens gilt seit langem als ein Ziel für Arbeitssuchende aus Niger, Mali und dem Tschad. Gleichzeitig wird den EU-Ländern vorgeworfen, die weit verbreiteten und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Migrant:innen in Libyen zu ignorieren sowie zu unterstützen – so hat Italien ein Abkommen mit Tunesien und Libyen unterzeichnet, um die Zahl der Überfahrten über das Mittelmeer zu reduzieren. „Das ist Europas Grenzpolitik, die Massenabschiebungen und Tod nach Libyen verlagert, wo die Wüste zum Friedhof wird“, so David



Yambio, Sprecher der gemeinnützigen Organisation *Refugees in Libya*.

### **AAN-Bericht zur Einstellung der Afghanen zu Restriktionen für Frauen**

(Martijn Bijlert, *AAN*, 26.01.2025)  
Ein aktueller Report von Martine van Bijlert und dem *Afghan Analysts Network* befasst sich mit der Einstellung afghanischer Männer zu den restriktiven Gesetzen für Frauen und den gravierenden Einschnitten in ihre Rechte und Bildungsmöglichkeiten. Obwohl die Männer großteils begrüßen, dass das vorherrschende Regime eine gewisse Sicherheit und Stabilität bietet, zeigen sie sich besorgt über die unmittelbar spürbaren Auswirkungen der Restriktionen auf ihre Familien. Am häufigsten thematisiert wurden reale Einkommensverluste durch Berufsverbote, das Verbot für weiterführende Ausbildung für Mäd-

chen sowie der Mangel an weiblichen Fachkräften in Gesundheitsberufen, wie Ärztinnen, Krankenschwestern und Hebammen.

### **Spanien: Schnelle Entlastung der Kanarischen Inseln**

(*Euractiv*) Spaniens Regierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez hat eine zehntägige Frist gesetzt, um eine vorübergehende Lösung für die überfüllten Aufnahmezentren für unbegleitete Minderjährige auf den Kanarischen Inseln zu finden. Die Aufnahmezentren auf den Inseln sind stark überlastet, da seit August des vergangenen Jahres zunehmend mehr Migrant:innen in unsicheren Booten aus Westafrika trotz des Wetters über die gefährliche Atlantikroute ankommen. Inzwischen haben sich die Zentralregierung in Madrid und die regionale konservative Koalition auf den Kanaren darauf verständigt, innerhalb von zehn

Tagen eine Übergangslösung zu erarbeiten. Ein zentraler Streitpunkt bleibt die vorgeschlagene verpflichtende Verteilung minderjähriger Migrant:innen auf die 17 autonomen Provinzen Spaniens, die derzeit nur auf freiwilliger Basis erfolgt.

Die Regierung in Madrid plant, eine Regelung zu verabschieden, die diese Umverteilung ermöglicht. Nach Ansicht der kanarischen Regionalregierung sollten etwa 4.000 Minderjährige von den Inseln sowie weitere 400 aus der spanischen Nordafrika-Enklave Ceuta auf das Festland verlegt werden.

Bereits Ende 2024 forderte Ministerpräsident Sánchez das EU-Parlament auf, die Umsetzung des Migrations- und Asylpaktes von 2026 auf 2025 vorzuziehen, um die Lage zu entschärfen. Eine

humanitäre Antwort für Minderjährige ist dringend geboten, meint der Minister für Territorialpolitik.

### **Vereinigtes Königreich: Nur die Hälfte der Asylentscheidungen entspricht Qualitätsstandards**

Nur die Hälfte der Asylentscheidungen des britischen Innenministeriums entsprachen in den Jahren 2023/24 den internen Qualitätskontrollen, deutlich weniger als vor dem Vorstoß des abgewählten Premierministers Rishi Sunak, den Rückstau an alten Anträgen abzubauen. Nach Angaben von Beamt:innen führen die geleisteten Fehler und Versäumnisse zu einem enormen Anstieg der kostspieligen Rechtsmittel sowie des Schadens für die Antragstellenden. Beispielsweise soll das Innenministerium Dolmetscher:in-

nen für Anhörungen gebucht haben, die einen falschen Dialekt sprachen, was zu ungenauen oder falschen Aufzeichnungen über die Aussagen der Antragsteller:innen führte. Im Vergleich zum Jahr 2023 stieg daher die Zahl der Einsprüche gegen Asylentscheidungen von 8.000 auf 29.000. Fast die Hälfte dieser Anfechtungen ist derzeit erfolgreich. Sile Reynolds, Leiterin der Asylrechtsabteilung bei *Freedom from Torture*, äußerte dazu: „Wenn Qualität dem Streben nach Effizienz geopfert wird, dann riskieren wir, Flüchtlinge zurück in Folter und Verfolgung zu schicken.“

### **Italien: Sea-Eye gewinnt Verfahren wegen Festnahme im Jahr 2023**

Ein junges ungarisches Flüchtlingspaar zieht 1958 in ein neues Quartier.



Ein Gericht in Vibo Valentia in der süditalienischen Region Kalabrien hat die Entscheidung des italienischen Staates aufgehoben, das Rettungsschiff *Sea-Eye 4* zu beschlagnahmen, welches im Oktober 2023 einer 20-tägigen administrativen Festnahme unterzogen wurde. Die Richterin Ida Cuffaro betonte in ihrem Urteil, dass „die Befolgung der Anweisungen der sogenannten libyschen Küstenwache nicht mit dem Völkerrecht vereinbar gewesen wäre“. Nach *Sea-Eye*-Präsident Gorden Isler sei dieses Urteil „ein allgemeiner Erfolg, da die Richterin sich nicht auf Verfahrensfragen konzentrierte, sondern stattdessen die Verpflichtung zur Rettung auf See unterstrich und klarstellte, dass niemand im Mittelmeer ertrinken sollte“.



Ungarische Flüchtlinge im Auffanglager Judenau 1956.

### **Sudan: UN fordert Soforthilfe gegen humanitäre Katastrophe**

(Deutschlandfunk 03.01.2025) Clementine Nkweta-Salami, die im Sudan die humanitären Einsätze für die *Vereinten Nationen* koordiniert, hat sich Ende des Jahres vermehrt an die internationale Öffentlichkeit gewendet. Sie gab ihrer „tiefen Besorgnis“ über die steigende Zahl der zivilen Opfer der Auseinandersetzungen zwischen Armee von Staatchef Abdel Fattah Abdelrahman Burhan und den von der früheren Nummer Zwei im Staat, Mohammed Hamdan Daglo, befehligten Spezialeinheiten, Ausdruck. Immer heftigere Luftangriffe und Artilleriegefechte

haben nach Angaben der *Vereinten Nationen* Zehntausende Tote und Verletzte gefordert, die Menschen im Sudan hungern. Mehr als elf Millionen Menschen sind auf der Flucht, davon sind drei Millionen in eines der Nachbarländer Tschad, Ägypten und Südsudan geflohen. Laut den *Vereinten Nationen* handelt es sich um eine der größten humanitären Krisen der Welt. Die Kämpfe stellen, so Nkweta-Salami, eine direkte Bedrohung für die Bewohner:innen dar. Zudem blockieren die Konfliktparteien lebensrettende humanitäre Hilfe. Sie forderte eine sofortige

Einstellung der Feindseligkeiten und sicheres Geleit für Zivilist:innen, die an Ziele ihrer Wahl fliehen wollen. Da die akute Ernährungsunsicherheit, insbesondere in den vom Konflikt betroffenen Regionen Darfur, Khartum und Kordofan, ein historisches Ausmaß erreicht habe, fordert Nkweta-Salami die Bereitstellung „sofortiger und flexibler Finanzmittel“ von der internationalen Gemeinschaft. Für das Jahr 2025 benötigen die *Vereinten Nationen* nach eigenen Angaben 4,2 Milliarden Dollar für humanitäre Hilfe im Sudan. Neben den bewaffneten Konflikten wird



das Land auch von Seuchen infolge von Überschwemmungen heimgesucht.

### **Pakistan schiebt Afghan:innen mit deutscher**

#### **Aufnahmezusage ab**

(Thomas Ruttig, 08.01.2025) Pakistanische Sicherheitsbehörden haben seit Jahreswechsel begonnen, Afghan:innen mit einer Aufnahmezusage von Deutschland (in der Regel „Ortskräfte“ oder Menschen im Bundesaufnahmeprogramm), die in der Hauptstadt Islamabad auf ihre Visa-Erteilung für Deutschland warteten, zurück nach Afghanistan abzuschieben. Das berichtete die *ARD-Tagesschau* am 7. Jänner auf der Grundlage von *WDR*-Recherchen. Die pakistanischen Abschiebungen sind Teil einer größeren Kampagne gegen afghanische Geflüchtete, die seit der zweiten Jahreshälfte 2023 läuft. Allein in der ersten Jännerwoche dürften mehr als 800 Afghan:innen, größtenteils mit gültigen

Aufenthaltsdokumenten, festgenommen worden sein. Laut *AFP* schob Pakistan seit Sommer 2024 750.000 Menschen nach Afghanistan ab.

### **Bulgarien: Kältetod durch unterlassene Hilfeleistung**

(*Info Migrants, ANSA* 10.01.2025)

Aktivist:innen der Menschenrechtsorganisationen *Collettivo Rotte Balcaniche* und *No Name Kitchen* werfen der bulgarischen Grenzpolizei vorsätzliche Vernachlässigung vor. Konkret berichten sie von der bulgarischen Ostgrenze, dass im Dezember drei ägyptische Jugendliche durch Unterkühlung gestorben sind. Die von den Jugendlichen abgesetzten Notrufe enthielten Videos und genaue Ortsangaben, seien aber von den bulgarischen Grenzbehörden ignoriert worden. Am 24. Dezember wurden drei Aktivist:innen (italienische Lehrer) während sie drei völlig erschöpften marokkanischen Jugendlichen in einem Wald im Grenzgebiet Hilfe

leisteten, von bulgarischen Grenzbeamten verhöhnt und schließlich, wie sie der italienischen Nachrichtenagentur *ANSA* berichteten, für 24 Stunden in einem schmutzigen, unbeheizten Gefängnis angehalten.

### **Litauen: Minister erwartet keine Sanktionen gegen Pushbacks**

(*LRT* 08.01.2025) Nachdem der *Europäische Gerichtshof für Menschenrechte* am 07.01. ein Urteil fällte, dem zufolge Griechenland wegen eines Pushbacks zu Schadenersatz verurteilt worden war, hofft der litauische Innenminister Vladislav Kondratovic auf ein davon abweichendes Urteil in einem ähnlich gelagerten Verfahren. Bei diesem geht es um die Pushbacks durch die litauische Regierung. „Die Politik in Griechenland ist ähnlich, aber unsere Ausgangssituation ist anders“, argumentiert der Politiker. Litauen verschärfte seine Migrationspolitik im Jahr 2021 nach einer hohen Zahl von Grenzübertritten aus Weißrussland. Seither erlaubt ein Gesetz den Grenzbeamt:innen, ausländische Staatsangehörige zurückzuweisen, die die Grenze an nicht dafür vorgesehenen Stellen überschreiten. Die Möglichkeiten, an der Grenze Asyl zu beantragen, wurden eingeschränkt, wofür Litauen von NGOs stark kritisiert wird. Bis heute haben litauische Grenzbeamt:innen fast 23.000 Migrant:innen abgewiesen, einige von ihnen mehr als einmal.